

**Rede des Präsidenten des Deutschen Städtetages,
Oberbürgermeister Christian Ude,
bei der Großdemonstration des Aktionsbündnisses
„Rettung der Krankenhäuser“
am 25. September 2008 in Berlin**

Es gilt das gesprochene Wort!

Dies hier, meine Damen und Herren, ist nicht der Aufmarsch einer Lobby, die eigene Interessen durchsetzen will. Dies ist ein breites Bündnis von Ärzten und Pflegepersonal und ihren Arbeitgebern, vom Deutschen Pflegerat und der Deutschen Krankenhausgesellschaft und von allen Spitzenverbänden der Kommunen und der Freien Wohlfahrtspflege, denen es um das Gemeinwohl geht. Denn es geht in der Tat um das wirtschaftliche Überleben der Krankenhäuser, die zusammen mit den niedergelassenen Ärzten das Rückgrat des Gesundheitssystems sind.

Jeder Bürger kann schon morgen ein Patient sein, deshalb sage ich: Wir vertreten hier nicht Sonderinteressen, sondern die Bedürfnisse der gesamten Bevölkerung. Selbstverständlich ist der Deutsche Städtetag, als dessen Präsident ich hier sprechen darf, mit von der Partie.

Es ist keine Panikmache, sondern eine nüchterne Wahrheit: Die Kliniken stehen vor dem Kollaps. Sie sind selber ein Fall für die Intensivstation. Das Kliniksterben ist kein Schreckgespenst, das Interessensvertreter an die Wand malen, sondern längst Realität.

Die deutschen Städte fordern gemeinsam mit den Gemeinden und Landkreisen, gemeinsam mit den Ärzten und Schwestern, den Patienten und den Wohlfahrtsverbänden: Macht Schluss mit einer Krankenhauspolitik, die unvermeidbar immer mehr Krankenhäuser an den Rand ihrer Existenz drängt und zur Überlastung des Personals sowie zur Vernachlässigung der Patientinnen und Patienten führt!

Es kann einfach nicht gut gehen, wenn die Kosten für Personal, Energie und Sachaufwand deutlich steigen, überdies die Zahl der langwierigen Krankheiten im hohen Alter immer höher und kostspieliger wird, die Einnahmen aber trotz alledem begrenzt werden! Genau das aber hat der Gesetzgeber mit der Limitierung der Budgets getan.

Unser Appell richtet sich sowohl an die Bundespolitik als auch an die Bundesländer. Beide Ebenen tragen Verantwortung für die Finanzausstattung unserer Krankenhäuser. Sie sollen endlich Schluss machen mit dem schäbigen Spiel, sich wechselseitig die Verantwortlichkeit zuzuschieben und einstweilen selber nicht das Notwendige zu tun. Bei diesem Spiel bleiben die Menschen auf der Strecke, um die es geht: Die Patienten und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, deren Beruf es ist, zu helfen.

Manchmal werde ich gefragt, gestern sogar im Frühstücksfernsehen, warum die Häuser nicht einfach ihre Produktivität steigern, wie andere Branchen auch. Wer so fragt, hat offenbar noch nicht mitbekommen, wie lange die Kliniken schon unter einem Spardiktat ächzen und wie viel Personal sie bei steigendem Problemdruck und Arbeitsanfall abbauen mussten. Die Krankenhäuser, zumindest die meisten von ihnen, wurden bereits ausgequetscht wie eine Zitrone. Die Belegschaft stößt längst an die Grenzen des Zumutbaren und wird auch darüber hinaus belastet.

Deshalb sagen wir als kommunale Arbeitgeber: Es darf nicht sein, dass den Beschäftigten in den Krankenhäusern die erreichten Einkommenssteigerungen durch weiteren Arbeitsplatzabbau und weitere Überlastung vergällt werden. Jeder Politiker vom Bund und in den Ländern hat eine gerechte Bezahlung der in den Krankenhäusern Tätigen gefordert und befürwortet. Dann dürfen die gleichen Politiker jetzt nicht verhindern, dass die Krankenhäuser die Tariflohnsteigerung in Gänze refinanziert bekommen.

Wir in den Städten finden es auch unerträglich, wenn die Krankenhäuser durch Finanznot zu Notlagentarifen oder gar zur Tariffucht gezwungen werden und der Bundesgesetzgeber anschließend das selbst herbeigeführte Sozialdumping beklagt.

Andere Stimmen fragen, ob jede noch so unwirtschaftliche Klinik unter Denkmalschutz gestellt werden soll, während es überall in der Freien Wirtschaft doch auch Fusionen gebe. Wir halten dagegen: Auch die größten und effizientesten Häuser kommen in die Klemme, wenn die Ausgaben den Einnahmen mit steigendem Abstand davonlaufen.

Wenn das Krankenhaussterben und die Privatisierungswelle anhalten, ist auf Dauer die Grundversorgung der Bevölkerung gefährdet. Gerade kommunale Krankenhäuser leisten vieles, was unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten keineswegs profitabel ist, aber für die Bevölkerung unerlässlich. Dazu gehört die umfassende Notfallversorgung rund um die Uhr genauso wie die Hilfe in den schwierigen Fällen, wenn die Behandlung weit teurer ist als die Fallpauschale.

Der Gesetzgeber muss für ein funktionierendes Gesundheitssystem sorgen und die Häuser für eine immer älter werdende Gesellschaft so ausstatten, dass dort gute medizinische Leistungen erbracht und die Patienten bestens betreut werden können. Der Gesetzgeber kann und darf uns nicht den Finanzhahn zudrehen, uns aber gleichzeitig schwerkranke Menschen vor die Tür setzen und sagen: „Nun seht mal zu, wie ihr zurecht kommt“.

In den letzten Tagen konnten wir auch lesen und hören, der Bund sei uns ja entgegen gekommen, die Großdemo also überflüssig. Richtig ist nur: Dank des gemeinsamen Protestes kann das Thema nicht mehr totgeschwiegen werden. Aber bislang haben Bund und Länder allenfalls einen ersten Schritt in die richtige Richtung getan. Mit Taschenspielertricks sollte man uns nicht kommen. Wenn der durch nichts zu rechtfertigende Sanierungsbeitrag wieder entfallen soll, ist dies schön und gut, aber noch lange keine finanzielle Hilfe, für die man eine Spendenquittung verlangen könnte.

Die Krankenhäuser brauchen reale Hilfen, nicht Luftbuchungen! Der erforderliche finanzielle Rahmen ist bekannt! Wer die Krankenhäuser im Stich lässt, wird nicht nur den Zorn der Beschäftigten und Träger zu spüren bekommen, sondern auch die berechtigten Sorgen aller Menschen, die jetzt schon daran denken, dass sie und ihre Angehörigen auch einmal auf das ärztliche Können und die pflegerische Qualität eines Krankenhauses angewiesen sein werden. Man sollte sich über diese Mehrheit der Bevölkerung nicht hinweg setzen! Wir verlangen ja gar keine so aberwitzigen Summen wie Banken, sondern nur angemessene Beträge für die Kranken.